Soziologische Thesen für eine humane Stadt

Rotraut Weeber

Die Stadt besteht aus Wohnungen, Arbeitsplätzen, aus Orten für Bildung und Kultur, aus Plätzen, wo man einkauft und sich mit Dienstleistungen versorgt und sich erholt. Zwischen all diesen Einrichtungen und Nutzungen bestehen Beziehungen, die überwiegend ebenfalls den Charakter von Einrichtungen haben: Straßen, Wege, Verkehrsmittel usw. Jede dieser Einrichtungen und Nutzungen kann als besondere Aufgabe gesehen werden, als eine Sache, die in sich Qualität haben kann, humane Qualität, oder auch nicht.

Keine dieser Einrichtungen und Funktionen ist aber schon für sich die Stadt. Erst ihre Gesamtheit mit ihren vielfältigen gegenseitigen Beziehungen ergibt die Stadt. Die einzelnen Einrichtungen und Nutzungen sind jeweils nur Teilsysteme. Die Existenz dieser Beziehungen und die Vielfalt dieser Beziehungen aber macht die Qualität der Stadt aus. Und meine These: sie macht einen sehr wesentlichen Teil der Humanität der Stadt aus. Die Stadt ist um so städtischer, je enger, intensiver, reibungsloser und schneller Handlungen aufeinander folgen können, je vielfältiger die Wahlmöglichkeiten des nahtlosen Übergangs von einer Tätigkeit zur anderen sind. Sie ist um so mehr Provinz und Öde, je mehr das Verhalten durch die Spezialisierung und Einseitigkeit der Umwelt eindimensional und vorgegeben ist.

Jede einzelne Tätigkeit und Nutzung hat jedoch ihren eigenen Trend zur Perfektion. Die Tätigkeiten werden immer spezialisierter, sie trennen sich immer mehr aus dem räumlichen Verbund mit anderen. Wenn man zum Beispiel bedenkt, wieviele Tätigkeiten sich mittlerweile aus der Wohnung in andere Einrichtungen ausgelagert haben. Das führt dazu, daß die Einrichtungen immer unterschiedlicher voneinander werden. Diese Unterschiedlichkeit geht dann bis zur Unverträglichkeit, und unterschiedlicher und in sich differenzierter, das bedeutet auch, daß größere Einheiten entstehen. Diese Tendenzen kehren sich dann wieder gegen die eigentliche Bedürfnisstruktur, nämlich: möglichst vielgestaltiger Tagesablauf ohne große Reibungsverluste, nahtloser Übergang von einer Tätigkeit zur anderen, Möglichkeit für spontane Handlungsmuster usw. Diese Entwicklung läßt sich deuten als eine Tendenz der Maximierung der Funktionen der Teilsysteme je für sich. Die Maximierung der Teilsysteme kann zu einer Art Minimierung der Beziehungen zwischen diesen Teilsystemen führen. Eine Optimierung für die Stadt würde jedoch bedeuten, daß die Entwicklung der Teilsysteme nicht auf eine absolute Maximierung hinausläuft, sondern eine relative, nämlich unter der Bedingung der Erhaltung enger Beziehung zwischen den Teilsystemen, weil ja die eigentliche Qualität der Stadt die Kommunikation und die Wechselbeziehungen zwischen diesen Teilsystemen ist.

Betrachten wir einmal die Primärnutzungen einer Stadt: Wohnen und arbeiten. Die Eigengesetzlichkeit der Wohnumwelt und die Eigengesetzlichkeit der Arbeitswelt sind so hoch entwickelt, daß sie dazu neigen, jeden Fremdkörper auszusondern. Das führt zu riesenflächenhaften Monostrukturen. Was die reinen Wohngebiete betrifft, ist deren Ungenügen häufig genug beklagt worden. Dadurch daß die Wohnumwelt dermaßen gereinigt, ja geradezu antiseptisch gewollt ist, werden die Arbeitsgebiete zur Kehrseite der Medaille.

Man sollte einmal darüber nachdenken, welch ungeheures Ausmaß der Verdrängung darin liegt, daß die Arbeitsgebiete dem Blick entzogen werden und quasi zum Hinterhof der Stadt gemacht werden! Diese Entwicklung entspricht unserer maßgebenden Haltung zur Arbeit – insbesondere der unselbständigen – sie als notwendiges Übel anzusehen und sie sogar tatsächlich als Übel zu akzeptieren. In bezug auf die Gestaltung der Arbeitswelt wird auf jeden Anspruch an eine humane räumliche Gestaltung verzichtet. Die Verknüpfung des Arbeitens mit jeder anderen Art von Bedürfnissen – außer dem Geldverdienen – wird negiert. Zu denken wäre zumindest an eine humane Gestaltung des Weges von und zur Arbeit, der Pausen, an ein Ziel für momentanes Abschalten und Ausspannen zwischen der Arbeit, sowie an Chancen zu Kommunikation außerhalb des Arbeitsplatzes. Von Medizinern wurde immer wieder betont, wie wichtig Abschalten und Entspannen z w i s c h e n der Arbeit ist; sie sprechen gegen eine ständige Verkürzung der Pausenzeiten. Die Arbeitnehmer ziehen jedoch komplexe oder kompakte Arbeitszeiten vor. Den Grund darf man sicherlich auch darin sehen, daß Pausen unter den Verhältnissen, wie sie in den Gewerbegebieten gegeben sind, keinerlei Attraktivität haben. Hier ist es zweifellos eine Aufgabe der kommunalen Planung, für die Verbesserung dieser Situation in den Gewerbegebieten zu sorgen.

Die leben zum Beispiel in einer Wohnstadt oder in einem durchaus städtischen Viertel am Rand eines Gäudorfes oder in den faden Vorstadtvierteln . . . (Ditzingen.)

Das, was ich hier zu den Primärnutzungen gesagt habe, ist auch bei den Folgenutzungen zu beobachten: die enorme Eigendynamik, die die Teilsysteme entwickeln, die eigene betriebliche und ökonomische Perfektion. Ich denke an Schulzentren, Einkaufszentren, Sozialzentren, Kulturzentren, Sport- und Freizeitzentren, Jugendzentren, Altenzentren – und in einem Flächennutzungsplan begegnete mir neulich sogar ein *Zentrum für geistig Behinderte* von 10 Hektar. Diese Worte sagen alles über die Integrierbarkeit dieser Anlagen und die Bereitschaft unserer Gesellschaft zur Integration der angesprochenen Funktionen in kleinere überschaubare und erlebbarere städtische Zusammenhänge.

Am Beispiel der Schulzentren möchte ich die Folgen aus dieser Eigendynamik beschreiben. Unter den Stichworten *Demokratisierung und Chancen der Schulbildung, Chancengleichheit, Individualisierung der Lernprozesse, Wahlmöglichkeiten der Fächer, die mit den Fähigkeiten, Interessen und Bedürfnissen der Schüler übereinstimmen, Entwicklung der geistigen und seelischen Fähigkeiten des Schülers bis zu ihrem Optimum* – alles Stichworte aus entsprechenden Büchern – wurde die Zusammenfassung der konventionellen Schulsysteme in Gesamtschulen in Angriff genommen. Die Bildung von Schulzentren soll der Förderung der Zusammenarbeit zwischen den weiterführenden Schularten dienen, der Verbesserung der Übergangsmöglichkeiten von einer Schulart oder Niveaustufe zur anderen, der breiten Unterrichtsdifferenzierung, dem effektiveren Einsatz der Lehrkräfte, der besseren Ausstattung mit fachspezifischen Räumen und Lehrmitteln, Offenheit gegenüber Wandlungen in der Schulorganisation. Solche im wesentlichen pädagogischen Begründungen werden durch ökonomische Gesichtspunkte ergänzt. Es ist von Einsparungen im Raumbedarf durch bessere Ausnutzung fachgebundener Räume von 20% der Raumprogrammfläche die Rede, es ist von Einsparungen bei den Lehr- und Lernmitteln die Rede. So weit so gut. Die Notwendigkeit zu Reformen und die Qualität der pädagogischen Ziele sollen hier überhaupt nicht in Frage gestellt werden. Es soll vielmehr gefragt werden, welche Konsequenzen dieser Aufbruch der Schulpädagogik für die Stadt und die Lebensvollzüge der Kinder hat.

Nun, was ist das Ergebnis? Wir bekommen Schulen mit 1500–2500 Schülern, bald ein halbes Dorf. Schulen mit acht Parallelzügen werden für den differenzierten Unterricht für günstig gehalten, das

sind 200 bis 250 Kinder eines Jahrgangs in derselben Schule. Die Schulen haben einen Gesamtflächenbedarf von ca. 8 Hektar, das ist – wenn man sich das mal konkret vorstellt – ein Gebiet, das etwas mehr als einen Kilometer Umfang hat; um es zu umwandern, geht man eine Viertelstunde. Der Einzugsbereich einer solchen Schule beträgt ca. 25 000 bis 30 000 Einwohner. Sinken die Geburtsraten weiter, so vergrößert sich dieser Einzugsbereich noch. Was bedeutet das? Betrachtet man die durchschnittlichen Gemeinden und Siedlungsgrößen, so sieht es so aus: 48,8% der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland wohnen in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern. 98% der Gemeinden der Bundesrepublik haben weniger als 20 000 Einwohner. (Die Gebietsreform verändert eben daran insofern auch nichts, weil sich die Siedlungsstruktur damit natürlich nicht wandelt.) Die Rechnung, welche Stadtgebiete und Gemeinden keine Schulen mehr im Ort haben werden, ergibt sich von selbst.

Schulsysteme dieser Art schaffen unlösbare Verkehrsprobleme. Zu Stoßzeiten tritt ein riesiger Bedarf an Transportmitteln auf. Werden die Kinder an den vielen noch für sie tragbaren Sammelpunkten eingesammelt, so müßten die Busse lange Umwege fahren und die Kinder somit eine endlose Zeit auf der Straße verbringen. Die finanziellen Probleme des Transports sind erst nach dem Abflauen der ersten Begeisterung über die neue Schulart richtig ins Blickfeld geraten. Vielfach kann keine kombinierte Nutzung vorhandener Verkehrsmittel realisiert werden, da der Stoßbedarf auf die gleiche Zeit fällt, und da diese Verkehrsmittel in diesen Zeiten ohnehin ausgelastet sind. Die Kosten für die Anschaffung und den Betrieb eines nur stoßweise ausgelasteten eigenen Verkehrssystems fressen jedoch leicht die Einsparungen wieder auf, die zum Beispiel bei den Lehrmitteln und dem Raumangebot erzielt werden können. Viel schlimmer aber ist, daß diese Verkehrsinfrastruktur, die diese Schulart bedingt, im allgemeinen nur begrenzt geschaffen wird und somit die Schüler und Eltern die Lasten tragen müssen. Aus soziologischer Sicht ist aber noch viel gravierender, daß der Bezug der Schule zum Stadtteil bzw. zur Gemeinde verlorengeht. Für das Kind ordnet sich die Schule so nicht mehr in einen erfahrbaren räumlichen Erlebniszusammenhang ein wie früher, als es durch den Schulweg seine räumliche Umwelt sinnfällig erschließen konnte. In der Sozialpsychologie wurde immer wieder darauf hingewiesen, welches Gewicht für die psychische Entwicklung des Kindes die kontinuierliche Erweiterung seines räumlichen Erfahrungsbereiches und die kontinuierliche Erfassung der Lebensprozesse in diesen Territorien hat. Studien über das Spielverhalten der Kinder haben einen engen territorialen Bezug des kindlichen Verhaltens sehr deutlich nachgewiesen. Mit dem Wegtreten der Schule aus dem Lebenszusammenhang des Stadtteils bzw. der Gemeinde wird für das Kind ein Prozeß der Entwurzelung seines Tätigkeitsfeldes eingeleitet.

Nicht nur für das Kind, auch für den Stadtteil und seine Bewohner insgesamt sind die neuen Schulzentren ein Verlust. Die riesige Flächenausdehnung der Schulen macht sie praktisch unintegrierbar in den Stadtteil. Entmischung der Funktion ist notwendige Konsequenz. So befinden sich jetzt auch die Schulen auf der grünen Wiese, isoliert und zugig. Dem Stadtteil wurde ein weiterer Lebensimpuls genommen. Er entleert sich tagsüber nicht nur von den Berufstätigen, sondern auch von den Schulkindern. Zurück bleiben jetzt dann nur noch die Hausfrauen, Kleinkinder und Alte. Mit dem Auszug der Schule aus einem städtischen Zusammenhang und der Ausgestaltung der Schule zu einem riesigen, für den Laien kaum noch überschaubaren Apparat sinken auch die Chancen der Identifikation und Einflußnahme der Bewohner des Stadtteiles bzw. der Gemeinde auf die Schule – sicher auch ein ernst zu nehmender Verlust.

Und nun zu den Kindern in diesen Schulanlagen: Sie kennen nicht mehr die Mehrzahl der Gleichaltrigen; und auch viele andere Schüler, deren Bekanntschaft sie sonst in der kleineren Schule noch gemacht hätten, lernen sie nicht mehr kennen. Sie kennen wahrscheinlich noch nicht mal den Direktor, sie wissen nicht, wer das Direktorium ist. Die Schule ist für sie kaum noch überschaubar. Das Problem der räumlichen Orientierung und Besitznahme des Schulareals durch die Kinder ist ein neues Problem geworden. Man schreibt jetzt schon Wettbewerbe aus zur Entwicklung von Informationssystemen zur Orientierung der Kinder in ihrer eigenen Schule. Ein Widersinn! Hier kann man echt von selbstgeschaffenen Problemen sprechen. Durch die zwangsläufige Anonymisierung des Schulbetriebs und durch dessen mangelnde Überschaubarkeit werden vermutlich bei den Schülern Einsamkeits- und Kontaktarmutsprobleme auftreten wie bei den Studenten an den Massenuniversitäten – Probleme, die unsäglichen Schaden für jedes Kind anrichten können. Durch das frühzeitige Einordnen in die große, nur schwer überschaubare Organisation Schule wird dem Schüler die primäre Erfahrung einer Gesamtorganisation unter Einflußnahme auf eine Organisation erschwert. Es ist

Die Verlegenheit der Pragmatiker drückt sich aus in neuen städtebaulichen Modellen nach wie vor, in den geknickten Wohnbändern zick-zack- rauf und runter. . .

zu vermuten, daß er sich verstärkt auf kleingruppenhafte Bezüge zurückziehen wird, weil das Gesamtsystem für ihn nicht mehr überschaubar und beeinflußbar ist. Auch die Stimme des Mediziners betont die Bedeutung des ruhigen Geborgenseins in einer überschaubaren Schulgemeinschaft für das psychische Gleichgewicht des Kindes: *Wenn an dieser Stelle künftig eine integrierte Gesamtschule als Großschule mit mehreren tausend Schülern, zahlreichen Kursen in verschiedenen Güteklassen und damit die Sprengung einer festen Klassengemeinschaft tritt, muß man sich zumindest der Tatsache steigender nervöser Belastungen insbesondere bei kontaktschwachen Schülern bewußt sein. Wir kennen von Studenten diese Gefühle des Hin- und Hergerissenwerdens und der Verlorenheit in der Masse* (Prof. ULRICH KÖTTGEN, Direktor der Universitäts- und Kinderklinik Mainz).

Zum Schluß der Ausführungen zum Beispiel Schule noch der Hinweis darauf, daß auf Grund der Erfahrungen der Organisationssoziologie auch angezweifelt werden muß, daß Apparate dieser Größe noch rationell zu managen sind und nicht ein Bedarf an bürokratischem Aufwand notwendig wird, der viele andere Vereinfachungen und Vorzüge wieder in Frage stellen muß. Selbst aus betriebsinternen Gründen wäre also zu fragen, ob bei den heutigen Lösungen durch Gesamtschulen in dieser Größe auch eine Maximierung im Sinne der eigentlichen pädagogischen Ziele erreicht ist.

Ich habe das Problem Gesamtschule oder Schulzentren nur als ein Beispiel gewählt zu meiner These, daß es für die heutige Stadtstruktur symptomatisch ist, daß die Maßstäbe und Ansprüche einzelner Teilsysteme – wie das der Schule – nur aus quasi betriebsinternen oder systeminternen Aspekten entwickelt werden. Die äußeren Beziehungen dieser Teilsysteme werden aber vernachlässigt. Das hat zur Folge, daß sich die Lebensbedingungen für den Bewohner der Stadt insgesamt verschlechtern, die Stadt also an Humanität verliert. Um recht verstanden zu werden, das pädagogische Konzept der Gesamtschule sollte nicht in Frage gestellt werden, sondern nur die aus isolierter Betrachtung entstandenen Lösungen. Sicher geht es bei dem Gesagten nicht darum, wieder zur Zwergschule als anderem Extrem zurückzukommen.

Mein nächstes Beispiel für einseitige Betrachtung interner Gesichtspunkte eines Teilsystems sind die heutigen Tendenzen der Altenhilfe. Im Grundsatz

richtige Überlegungen zur Verbesserung der Einrichtungen der Altenhilfe – Altenwohnheim, Altenheim, Pflegeheim – führten zu einer ständigen Vergrößerung dieser Anlagen, die ja mehrgliedrig sein sollten, also die Zusammenfassung einzelner Anlagen. Zu dieser Zusammenfassung ist dann ein umfängliches Angebot an gemeinsamen Diensten und Räumen gekommen. Selten geht man bei solchen Anlagen unter 100–150 Plätze; es gibt sogar viel größere. Geht man davon aus, daß 14 % der Bevölkerung über 65 Jahre sind – das entspricht dem prognostizierten Durchschnitt ab 1980 – und geht man davon aus, daß 8–9 % der alten Menschen einen Platz in einer Altenwohnanlage benötigen, so bedarf es eines Einzugsbereiches von 15 000 Einwohnern und mehr, um eine solche Altenwohnanlage zu tragen. Schlimme Folgen für die ländlichen Gemeinden, meine ich. Wenn die alten Menschen gezwungen sind, in eine solche Anlage zu ziehen, müssen sie die Gemeinde, in der sie vielleicht ein Leben lang gewohnt haben, verlassen. Sie brechen damit ihre alten Kontakte ab, sie verlieren ihr räumliches Beziehungsnetz, das ja bei alten Menschen ebenfalls sehr ausgeprägt ist. Genauso schlimm ist, wenn alte Menschen, weil sie eine solche Veränderung ablehnen, mehr oder weniger ohne Hilfe in ungeeigneten Wohnungen verbleiben: Zu große Häuser oder Wohnungen, Wohnungen mit Treppen, mit Kohleöfen, ohne warmes Wasser und so weiter.

Der Auszug der Einrichtungen der Altenhilfe aus der Gemeinde oder aus dem Stadtteil verschlechtert die Versorgung der Gesamtgemeinde mit Diensten der Altenhilfe. Die ambulante Versorgung wird ebenfalls schlechter. Die Koppelungsmöglichkeiten Altenwohnanlage, ambulante Dienste für die übrige alte Bevölkerung, Informations- und Beratungsdienste, Altentagesstätten usw. geht verloren. Die Vernachlässigung der Kombinationsmöglichkeiten allgemeiner städtischer Infrastruktur mit spezifischen Maßnahmen der Altenhilfe und die Vernachlässigung der ambulanten Altenhilfe und die Perfektionierung des Angebots in beinahe autarken Großanlagen hat zu einer außerordentlichen Steigerung der Kosten für die Altenhilfe geführt. Tagessätze in den Altenwohnanlagen von 40,– DM sind bald die Regel. Ein alter Mensch, der zum Beispiel eine gute Rente von 1000,– DM hat, mit der er normalerweise gut auskommt, muß nun sein ganzes Einkommen für den Wohnheimplatz aufwenden und wird zum Sozialhilfeempfänger mit einem kleinen Taschengeld. Ein wirklich inhumaner Zustand. Auswirkungen der heute so starken Tendenz, einzelne Funktionen und Einrichtungen aus ihrem städtischen Zusammenhang herauszunehmen und sie quasi als autarkes Element zu perfektionieren; für die Stadt als soziales System aber ein Verlust an Humanität. Ich habe hier versucht nachzuweisen, daß die Funktionstrennung, wie wir sie heute beobachten und beklagen können, nicht ein Ergebnis falscher Ideologie oder der Dummheit einzelner Leute ist, sondern daß sie aus dem berechtigten und wohlgemeinten Anspruch entsteht, einzelne Teile so gut wie möglich auszubilden, und daß dabei Wichtiges verloren geht – daß also das Problem der Kompromiß ist.

Nun zu den emotionalen Bezügen der Bewohner zu ihrer Stadt! Funktionsgerechtigkeit der Umwelt ist nicht das einzige, worauf es ankommt. Ein Mann kann tüchtig sein – man wird es ihm kaum bestreiten, auch wenn er unsympathisch ist. Ist er aber sympathisch, tritt seine Tüchtigkeit und Funktionsgerechtigkeit dahinter zurück. Wir alle wissen, daß man sich lieber bei dem Sympathischen aufhält als bei dem Tüchtigen. Der positive emotionale Bezug zur Person dominiert den sachlichen sehr schnell. Vielleicht kann man diese Parallele zur Individualpsychologie oder Sozialpsychologie noch weiter hinziehen. Und ich möchte eine Grundregel der Gruppendynamik hier zitieren, die besagt, daß Personen miteinander auf der sachlichen Ebene nicht arbeiten können, wenn sie nicht ihre Probleme auf der emotionalen Ebene gelöst haben. Ich möchte das hier auch auf die Stadt übertragen und es als Hinweis dafür nehmen, in welche Richtung eine Optimierung des Systems Stadt gehen muß. Unsere Erfahrungen mit alten Stadtgebieten lassen die These gerechtfertigt erscheinen oder zumindestens ein Stück weit für tragend halten, daß Funktionalität und Zuneigung auch sogar subsidiär sein können. Findet man eine Umgebung liebenswert, so schaut man über die Funktionsmängel hinweg. Funktioniert sie gut, ohne daß sie liebenswert ist, so hält man sich daran nicht weiter auf, ist aber auch zufrieden. Ist jedoch beides nicht gegeben, so ist der Mist komplett.

Wie wenig ernst wir es heute mit diesem emotionalen Bezug zur Stadt nehmen und wie stark wir die Funktionstüchtigkeit einseitig in den Vordergrund stellen, wird an zahllosen Sanierungsprojekten deutlich, bei denen zugunsten besserer Funktion im Bereich Verkehr, Erschließung, Grundstücksnutzung, Hygiene usw. Liebgewordenes und auf der emotionalen und sozialen Ebene Intaktes leichtfertig zerstört wird, obwohl das Neue solche Qualitäten nicht mehr ohne weiteres erzeugen

Das Grün unten mag in der Statistik unter der Rubrik ‹Städtische Grünanlagen› als Zahl gewissen Eindruck machen, es lädt dennoch nicht ein zum Spaziergang am Feierabend oder Wochenende . . . (Hemmingen.)

kann. Man sieht es auch an den Stadterweiterungen, denen es nur selten gelingt, die Bewohner und Benutzer auch emotional anzusprechen.

In der Sozialpsychologie wird das Bedürfnis nach emotionaler Resonanz auch in der Umwelt für ein humanes Grundbedürfnis gehalten. Zwischen emotionaler Bezogenheit zur Umwelt und Kommunikationsbereitschaft und dem Entstehen einer lokalen Öffentlichkeit wird ein Zusammenhang festgestellt: *Da die Entfaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen in der Stadt angewiesen ist auf ein genügend lebendiges Kommunikationsniveau in der Öffentlichkeit, bedeutet Aussperrung der emotionalen Voraussetzungen solcher Kommunikation Austrocknen der Gemeinsamkeit zwischen Menschen, die dieselbe Stadt bevölkern. Damit ist in groben Zügen schon umrissen, wie sehr die Stadt als gebaute Umwelt nicht nur für Wohlbefinden des einzelnen, sondern auch für den unity spirit entscheidend wird* (LORENZER). Positiv ausgedrückt heißt das: Wenn die gebaute Stadtumwelt angemessen ist, weil sie den Phantasiebedürfnissen der einzelnen entspricht, dann wird ein persönliches, aktiv lebendiges Engagement möglich; dann öffnen sich die Individuen ihrer Umwelt und auch ihrer Mitwelt gegenüber. Auch MITSCHERLICH schreibt dem Bestehen emotionaler Bezüge zur Umwelt gesellschaftspolitisch weitreichende Folgen zu: *Wo keine affektive Anteilnahme an den Objekten des Biotops besteht, wird sich kaum die Leidenschaft zur Gestaltung und damit kein auf Präzision dringendes Problembewußtsein ausbreiten.* Auslösung für eine kritische Auseinandersetzung mit der Umwelt und das Bedürfnis zur Mitwirkung an ihrer Gestaltung ist also vielfach eine emotionale Umweltbeziehung; Teil des Beheimatungsprozesses ist das Entstehen einer Liebesbeziehung zur Umwelt. Wodurch entstehen nun solche emotionalen Bezüge? Bindung und Identifikation mit einer Umgebung nehmen zu, wenn der Raum mit persönlichen Erlebnissen verbunden werden kann, wenn er für den Bewohner Symbolcharakter erhält. Dadurch, daß der Raum mit Eigenem verknüpft ist, hebt er sich für den Bewohner als etwas Besonderes und Unersetzliches von anderen Räumen ab. Persönliche Erlebnisse, die zu einer Bindung an das Wohngebiet führen, sind vor allem Sozialkontakte und nicht zuletzt die Anteil- und Teilnahme am Entstehungs- und Gestaltungsprozeß im Laufe der Benutzung eines Wohngebietes. Für die Wohnung kann man Ähnliches sagen. Der Bewertungsmaßstab für eine Wohnung ist oft ihre Wohnlichkeit, und die Wohnlichkeit hängt vor allem davon ab, ob bei den Bewohnern die Möglichkeit, Bereitschaft oder Fähigkeit besteht, Eigenes in die Wohnung hineinzuprojezieren: *Wohnen heißt, Spuren hinterlassen* (BENJAMIN).

Zweite Voraussetzung für das Entstehen emotionaler Bezüge ist, daß die Umgebung selber Gemütszustände, Erlebnisse und Betätigungen stimulieren kann. Das heißt eigentlich, daß sie lebendig ist. Lebendig sein – bedeutet individuell sein, anders sein – nicht allein bezogen auf das Indivi-

duum, sondern auch auf die Gruppen. Übertragen auf die räumliche, bauliche Umwelt ist es das Nebeneinander von Verschiedenem, das in der Bewegung und im zeitlichen Nacheinander der Wahrnehmung den Charakter der Innovation, der Überraschung erhält, Neugier erweckt, zum Erforschen anregt oder auch einen Sachverhalt begreifen läßt. Räumlich-bauliche Vielfalt und Lebendigkeit kann jedoch nur entstehen, wenn auch die sozialen Strukturen vielfältig sind, und eine Vielzahl handelnder Individuen oder Gruppen sich darin verwirklichen oder darstellen können. Humaner Städtebau und humane Architektur das heißt also:

1. der Individualität von Personen und Gruppen Raum lassen, so daß sie sich ausprägen und entfalten können,
2. die Individualität der Menschen und der sozialen Strukturen sichtbar und erlebbar machen und nicht durch bauliche und räumliche Formen verdecken.

Ich meine, daß wir ein Fehlen beider Bedingungen zu beklagen haben. Der Wohnungssuchende ist ausschließlich Konsument geworden, er kann das, was für ihn erstellt wird, kaum beeinflussen, noch kann er das Gekaufte oder Gemietete im Gebrauch verändern oder wesentlich mitprägen. Dadurch, daß der Bauherr überwiegend nicht mehr gleichzeitig der Nutzer ist, treten ökonomische Gesichtspunkte einseitig in den Vordergrund. Der Private, der wäre ja bereit, für seinen eigenen Bedarf zugunsten anderer Werte Gesichtspunkte der Rentabilität zurückzustellen. Von einem Bauträger, der Geld investiert, um damit zu arbeiten, kann man das eigentlich nicht erwarten. Man kann nicht erwarten, daß er auf Gewinn verzichtet, auch wenn er gemeinnützig genannt wird.

Nicht zuletzt entstehen Planungen und Realisierungen heute im großen Maße aus einer Hand; ein fast unerträglicher Zustand. Ist es dann doch letzten Endes eine Hand oder eine Firma, eine Geistes- und Denkungsart, die die Wohnumwelt von zehntausend Einwohnern und mehr entscheidend prägt. Wenn man sich überlegt, was für eine Vielgestaltigkeit eine kleine Gemeinde dieser Größe früher hervorgebracht hat! Ich meine nicht, weil es bessere Architekten waren, sondern weil es viele Initiativen waren, die eben sich hier verwirklichen konnten. Teilt man heute jedoch Baugebiete auf in kleine Einheiten (das hat man auch schon versucht), so wird das Ergebnis nicht besser, da alle Bauträger letzten Endes ihre Objekte nach den gleichen Gesichtspunkten ökonomischer Rationalität erstellen. Die Lösung kann meines Erachtens nur in mehr Mitbestimmung und erneuter Privatisierung von Bauträgerschaft an Individuen oder Gruppen liegen.

Auch den sozialen Strukturen in den Neubaugebieten ist ihre Vielgestaltigkeit genommen. Dadurch, daß kleine Einheiten quasi als autarke Wohninseln geplant werden, ohne dem Gefüge des ganzen Stadtteils auch funktional eingeordnet zu sein, und ohne den Austausch und die Wechselbeziehungen zwischen verschiedenen Quartieren sind die Funktionen notwendig eindimensional. Besucher kommen außer zur Versorgung und zu Besuchen einzelner Familien kaum in diese Stadtteile. Ein öffentliches Leben kann überhaupt nicht entstehen. Auch die Sozialbeziehungen werden in solchen abgeschlossenen Wohnquartieren prekär. Sie bergen latent immer die Gefahr von Zwangskontakten, denen man sich dann nur noch schwer entziehen kann, oder von Überintegration mit einem Übermaß an sozialer Kontrolle.

Untersuchungen haben jedoch deutlich gezeigt, daß der Städter in seiner Freizeit sehr großen Wert legt auf freibestimmte Kontakte und freigewählte Kontakte. Das mag mit einem Übermaß an Pflichten und Zwangskontakten im Berufsleben zusammenhängen. In Strukturen der genannten Art ist deswegen verstärkt mit einem Rückzug der einzelnen und einem Abkapseln vor der Umwelt zu rechnen – eben weil immer die Gefahr droht, daß man nicht mehr frei bestimmen kann, mit wem, wieviele Kontakte man haben möchte. Die Bewohner in solchen neuen Strukturen sind meistens eindimensional nach Schicht und sozialer Gruppierung verteilt, als seien das die einzigen Merkmale, die sie voneinander unterscheiden. Hier die Reichen, da die Mittelständler, dort die Armen. Hier die Kinderreichen, da die Alten, hier die von der Post, dort die von Bosch und da die von der Bahn. Wie sehr die Menschen unter solchen Abstempelungen leiden, ist häufig beschrieben worden.

Das Wohnungsgrößengemenge ist ein anderer wichtiger Gesichtspunkt hinsichtlich der Vielfältigkeit. Das Wohnungsgrößengemenge – also wie groß die einzelnen Wohnungen sind und wieviele von wie großen Wohnungen in Neubaugebieten gebaut werden – wird nach kurzfristigen Gesichtspunkten des Absatzes bestimmt. Nach dem Krieg baute man vorwiegend 3-Zimmer-Wohnungen, in späteren Baugebieten kam dann ein Boom an 4- und 5-Zimmer-Wohnungen. Und jetzt haben wir ganz enorme Einseitigkeiten bei den Kleinwohnungen. Jedesmal wurde das ganze soziale Gefüge eines Stadtteils einseitig und damit ungesund. Extreme Ungleichgewichte bei der

Wir haben 20, 30 Berufe, die sich um das schöne Heim, um das Innere, um die Wohnung kümmern. Und draußen? Steppe . . . (Mittelberg/Allgäu.)

Auslastung der Folgeeinrichtungen waren die Folge. Zuerst entstand der bekannte riesige Bedarf an Kindergärten, die dann leer standen, dann an Schulen und so fort. Wohnungswechsel bei Veränderungen der Familienstruktur im Stadtteil wurde erschwert, weil eben das Wohnungsangebot viel zu einseitig und natürlich auch vom Markt her viel zu abgeschlossen war, etwa durch die Werkswohnungen. Durch die Massierung bestimmter Personengruppen entstanden dann bestimmte soziale Probleme. Heute in den Anlagen mit den vielen Kleinwohnungen das sehr ernst zu nehmende Problem mangelnder sozialer Kontrolle, extreme Anonymität. Prostitution und ähnliche Erscheinungen suchen sich solche Orte. Früher waren es Kinder- und Jugendprobleme. Die Massierung kinderreicher Familien in dafür nicht geeigneten Anlagen riefen besondere Kinderfeindlichkeit hervor. Ich habe das einmal sehr deutlich an einem Wohnblock erlebt. In seinem Treppenhaus – es war ein viergeschossiger Zeilenbau – zählten wir 50 bis 60 Kinder, die alle in dem gleichen Treppenhaus saßen. Man kann sich die Zerstörungen und den Lärm, den diese 50 oder 60 Kinder einfach an einem Tag produzieren, ebenso deutlich vorstellen wie die Folge, daß selbst der Kinderliebste irgendwann einmal genug von den Kindern hat. Wir mußten in diesem Gebiet wirklich feststellen, daß Kinder echt als Plage empfunden wurden. Nicht, weil die Leute nicht kinderfreundlich waren, sondern weil sie in dieser Massierung an ungeeigneten Orten eben wirklich zur Plage wurden. Ist aber einmal Pluralität der Lebensstile gegeben, so findet das kaum Entsprechung in den äußeren Lebensbedingungen. Das Angebot der Wohnungen orientiert sich an der typischen Familie, an einer Art Durchschnittsfamilie. Je exakter und einheitlicher aber die Bedürfnisse des Durchschnitts getroffen sind, desto größer werden die Minderheiten, deren Wünsche unberücksichtigt bleiben. Eingehen auf die Ansprüche von Einzelgruppen bedeutet zum einen Variabilität in der Form, so daß der Nutzer das Vorgegebene verändern und gestalten kann; zum anderen bedeutet es verschiedenartige auf unterschiedliche Einstellungen und Lebensstile bezogene Angebote, so daß jeweils das Gemäße gesucht werden kann. In unserem Büro für Stadtplanung und Sozialforschung wurde bereits über eine lange Zeit die Zusammenarbeit zwischen beiden Disziplinen praktiziert – und ich meine, fruchtbar praktiziert. Jede städtebauliche und architektonische Aufgabe steht im Zusammenhang mit sozialen Handlungen und

individuellen und sozialen Bedürfnissen und hat sich an diesen zu orientieren. Das abgesicherte Wissen der Sozialwissenschaftler in diesem Problembereich ist noch nicht sehr groß. Es sind ja kaum 10 Jahre, daß man wirklich versucht zusammenzuarbeiten; und es gibt gar nicht viele solche Versuche. Die Sozialwissenschaft verfügt jedoch über Methoden der Analyse und Prognose, die wertvoll sind. Sie kann aus ihrer Sicht Fragen stellen. Das ist auch oft ein Weg zu besseren Antworten. Zum Teil kann sie auch Antworten geben. Das wichtigste jedoch ist wohl, daß umfassende soziale Gesichtspunkte eingebracht werden – und auch im Rollenspiel der Planung personalisiert sind. Die bislang noch häufig praktizierte isolierte Betrachtung der Stadtentwicklung als primär räumliches Problem wird dadurch sicher etwas korrigiert. Aber von einer integrierten Stadtentwicklungsplanung, die räumliche, wirtschaftliche, soziale und ökologische Gesichtspunkte wirklich zusammenführt, kann man bis jetzt überhaupt noch nicht reden, auch wenn von diesem Thema schon sehr viel die Rede ist.

Als Beispiel dafür möchte ich Aufgabenstellungen nennen, die wir als Sozialwissenschaftler in unserem Büro sehr häufig erhalten. Wir werden zum Beispiel zur Beratung von Neubauprojekten oder auch Wettbewerben hinzugezogen und sollen dann zur Entscheidung beitragen – vereinfachend gesprochen – ob eine Straße besser so oder so geführt werden soll, ob Häuser besser so oder so angeordnet werden sollen, ob das Zentrum besser hier oder dort steht. Wir äußern uns gern dazu aus unserer Sicht. Viel wichtiger wäre uns aber die Mitarbeit bei dem Programm, nach dem man plant, um auch in dieses Programm sozialwissenschaftliche Aspekte einzubringen. Also quasi zu dem räumlichen Konzept auch ein soziales Konzept zu entwickeln, das ebenfalls im Rat diskutiert wird und dann zur Basis der Planung gemacht wird. In einem solchen sozialen Konzept wären z. B. Aussagen zum Wohnungsgrößenangebot, zu der Art des Wohnungsangebots, zu den Funktionen und Nutzungen und deren Verflechtungen zu machen. Ein anderes Beispiel ist die Sozialplanung bei Sanierungen. Die Erwartung, daß die Sozialplaner eventuell auftretende Probleme und Härten heilen könnten, steht im Vordergrund. Ihre Mitwirkung bei der Vermeidung solcher Härten von vorneherein wird zum Teil gerade noch akzeptiert, sofern nicht dabei herauskommt, daß man doch lieber die Finger von der Sanierung lassen sollte. Die Erweiterung der Fragestellungen um soziale Gesichtspunkte über das Bauprojekt hinaus ist jedoch fast tabu. Nach unseren Erfahrungen bei der Sozialplanung in Sanierungsgebieten wäre es jedoch wesentlich, über das Bauliche hinaus soziale Gesichtspunkte einzubringen. Zum Beispiel: Ohne Konzepte und Lösungen zur Gastarbeiterfrage, zum Wohnen alter Menschen, zum Wohnen sozial Schwacher können Sanierungen letzten Endes nie im umfassenden Sinn erfolgreich sein und mehr Humanität herstellen. Wir kennen jedoch keine Gemeinde, die im Zusammenhang mit Sanierungsprojekten den Wunsch hatte, einen Sozialplan für das Gastarbeiter-Wohnen oder das Wohnen sozial Schwacher zu erstellen, und bereit gewesen wäre, diese Probleme wirklich gleichzeitig mit der Sanierung umfassend anzugehen.

Mitarbeit von Sozialwissenschaftlern muß aber letzten Endes Stückwerk bleiben, wenn nicht gleichzeitig die Fragestellungen und Problemauffassungen um die soziale Dimension erweitert werden und über das Bauliche hinausgehende soziale Konzepte und Maßnahmen zugelassen und in die baulichen Konzepte und Maßnahmen integriert werden.

Mit anderen verbunden sehen Häuser nicht mehr reisefertig drein. Der gute Baumeister braucht Gruppen, Plätze, eine Stadt, sie soll das Verschwinden nicht mehr nötig haben, sie soll langfristig geplant sein. Es ist das eine Hoffnung von morgen und wo der Morgen schon tagt, von heute, doch sie ist so alt wie Baukunst selber, bleibt ihr eingeschrieben und selbstverständlich. Stadtplanung ist daher keineswegs auf neuere Zeit beschränkt, ja obwohl sie in dieser, schon vor dem vorigen Jahrhundert, häufig vorkommt, so ist sie darin ebenso eigentümlich durchkreuzt. Denn die bürgerliche Gesellschaft ist zwar um des Profits willen eine kalkulierende, doch wegen der anarchischen Wirtschaft ebenso eine ungeordnete, eine des wirtschaftlichen Zufalls. Daher sind gerade die Industriestädte und die Wohnviertel des vorigen Jahrhunderts, die man der Großmut der Bauspekulation verdankt, Unüberlegtheit und Planlosigkeit schlechthin. Einheitlich ist nur ihre Öde, die Steinschlucht, die trostlose Straßenlinie ins Nichts, der Kitsch ihres eigenen Jammer- oder gestohlenen Protzenstils; die übrige Anlage jedoch ist anarchisch wie die Profitmacherei, die zugrunde liegt. Wogegen nun gerade die sogenannten gewachsenen Städte der vorkapitalistischen Zeit auf Grund der noch geregelteren Produktionsweise keineswegs aufs Geratewohl entstanden sind.

ERNST BLOCH